

# Visionen einer Welt ohne Grenzen.

Positionen, die auf dem Bundeskongress vertreten wurden

**Halle.** In einer Plenarveranstaltung, zwölf Sektionen und fünfundzwanzig workshops beschäftigte sich der 11. Bundeskongress mit den vielen hoffnungsstiftenden Implikationen und verunsichernden Facetten des Rahmenthemas der „Entgrenzungen“. An dieser Stelle kann nur ein ganz kleiner Ausschnitt aus der Fülle von Einzelbeiträgen gegeben werden. Einen viel detaillierteren Überblick wird der vom Bundesvorsitzenden Dirk Lange vorbereitete Sammelband „Entgrenzungen“ geben, der noch in diesem Jahr im Verlag für Sozialwissenschaften in Wiesbaden erscheinen wird.

Die an den Eröffnungsvortrag zum Thema „Welt ohne Grenzen? Visionen des globalen Zusammenlebens“ anschließende Podiumsdiskussion befasste sich auch mit der Rolle der Vereinten Nationen in diesem Prozess der Entwicklung eines tragfähigen „Weltregimes“. Hans-Christoph Graf von Sponeck vom Basler „Zentrum für die UN-Ziele zum Millennium-Development“ legte seinen Gesprächsbeiträgen sechs prägnant formulierte Thesen zugrunde:

## **Sponeck: Thesen zur Zukunft der UNO**

Die Welt der UNO kennt keine Grenzen. Die UNO ist der einzige Ort auf der Welt, wo es keine Ausländer gibt. Die UNO hat viele Gesichter! Die eine UNO enttäuscht immer wieder, wenn es darum geht, große Krisen zu überwinden; die andere UNO leistet kontinuierlich wichtige Beiträge für menschliche Entwicklung.

*These (1): Die UNO ist kein überflüssiger Dinosaurier, sondern eine lebende, lebendige und wichtige Einrichtung für unser Leben im 21. Jahrhundert.*

Die UNO-Charta, die zwei internationale Pakte für zivile, politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sowie Konventionen für Frauen, Kinder, gegen Diskriminierung u.a. sind

heute integrale Bestandteile der internationalen Rechtsordnung.

*These (2): Der internationale rechtliche Rahmen für globales Zusammenleben im 21. Jahrhundert ist gesteckt. Er gilt für alle Menschen.*

Es geht hierbei um Gleichberechtigung, Grundfreiheiten, bessere Lebensbedingungen, friedliche Lösung von Konflikten, Waffengewalt nur in gemeinsamem Interesse, Respekt für den Erhalt unserer Umwelt usw. Das heisst nicht, dass dieser Rahmen nicht weiter verstärkt werden kann.

*These (3): Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte besagt in Artikel 29: „Jeder Mensch hat Pflichten gegenüber der Gemeinschaft...“. Diese Aussage über Pflichten reicht nicht und muss inhaltlich gefüllt werden.*

In den 64 Jahren der Existenz der UNO sind gute Fortschritte gemacht worden;

*Eine Welt, in der eine anarchische und prinzipienlose Marktwirtschaft existiert, in solch einer Welt wird für eine internationale Staatengenmeinschaft wie die der UNO ein globales Zusammenleben weder in Würde noch in Freiheit von Angst und Freiheit von Not gewährleistet sein.*

es gibt ein weites Netzwerk von internationalem Recht, eine breit angelegte multilaterale Agenda auf allen Gebieten menschlichen Wissens und von besonderer Wichtigkeit, es gibt Umsetzung. Die acht Millennium Entwicklungsziele (MGDs) stellen einen innovativen und erstmalig quantifizierten Ansatz für die Umsetzung der UNO Charta dar und auch der Pakte und die Konventionen, z.B. für mehr menschliche Sicherheit im Sinne der Armutsbekämpfung, des Umweltschutzes, der Gesundheit, der Bildung und der Meinungsfreiheit.

*These (4): Die Politik der internationalen Zusammenarbeit ist auf dem richtigen Wege. Multilateralismus im Inter-*

*esse der Menschheit kann geschaffen werden.*

Trotzdem bleibt viel zu tun. Die Welt von 2009 ist eine fundamental andere als die von 1945, als die UNO-Charta unterzeichnet wurde. Das heisst aber nicht, dass die gegenwärtige UNO obsolet geworden ist und eine vollkommen neue Institution erstellt werden muss.

*These (5): Der jahrelange Missbrauch der Vereinten Nationen muss aufhören, Es geht nicht um Ersatz, sondern um Reform.*

Das tatsächliche Erleben der UNO Charta am Ort, ob in Asien, Afrika, Lateinamerika, Australozeanien oder in der euro-atlantischen Welt macht deutlich, dass nichts in der UNO-Charta geschrieben steht, was nur mit westlichen Eigeninteressen zu tun hat. UNO-Charta-Recht ist zu keiner Zeit voll eingehalten worden. Zukünftige Einhaltung kann daher durchaus bedeuten, dass die bestehende

Charta dem Frieden und der Gemeinsamkeit Genüge tut. Die universalen Ziele und Grundsätze der Charta sind für alle 192 Mitgliedsstaaten von Wert und Wichtigkeit. UNO-Reform muss bedeuten, das Rechenschaft für politische Handlungen geschaffen wird. Die unterschiedlichen Auslegungen von Charta-Begriffen wie „Selbstverteidigung“ (Artikel 51), „Gemeinsame Interessen“ (Präambel), „Bedrohung“ und „Bruch des Friedens“ (Artikel 39) sind immer wieder Ursachen für Konflikte und Krisen. Klare Definitionen dieser und anderer Charta-Begriffe sollten daher Teil der Reformdebatte sein.

*These (6): Eine internationale Einrichtung für die Förderung des Zusammen-*

*lebens der Menschen in Menschlichkeit ist nur dann gerechtfertigt, wenn ein Multilateralismus im Interesse der Menschheit und nicht nur zum Wohle einer Minderheit ermöglicht wird.*

Eine UNO als Handwerkskasten, den man benützt, wenn es einem nützt; eine UNO aus der Regierungen ein- und aussteigen können ohne Konsequenzen; eine Welt, in der Rechenschaftslosigkeit bei Bruch von internationalem Recht existiert; wo organisierte Unwahrheit, oft von staatlichen Instanzen, gefördert wird; eine Welt, in der eine anarchische und prinzipienlose Marktwirtschaft existiert, in solch einer Welt wird für eine internationale Staatengenmeinschaft wie die der UNO ein globales Zusammenleben weder in Würde noch in Freiheit von Angst und Freiheit von Not gewährleistet sein.

### **Wandel: Verantwortung für Kinder und Kindeskiner**

Der von Jakob von Uexküll gesponsorte Weltzukunftsrat (World Future Council) wurde auf dem Podium von Alexandra Wandel vertreten. Sie wagte in sieben Punkten eine Vision, die sich an den Wirkungen aller Politik für zukünftige Generationen ausrichtet:

1. Zum ersten Mal in der menschlichen Geschichte wird künftigen Generationen das Recht auf eine gesunde Umwelt genommen. Ressourcen werden in großem Maßstab geraubt. Nahrungsmittel- und Wasserkrise, Klimachaos und Finanzdesasterdrohen gewaltsame Konflikte zu schüren.
2. Die jetzige Generation trägt eine enorme Verantwortung, diese drohende Eskalation abzuwenden und mit Hochdruck und über Grenzen hinweg an Lösungen für die großen Herausforderungen in einer globalisierten Welt zu arbeiten.
3. Internationale Meinungsfragen haben bewiesen, dass es gemeinsame Werte gibt in allen Kulturen der Welt. Wir alle wollen ein gutes Leben für unsere Kinder, eine gesunde Umwelt, gegenseitiges Vertrauen und Respekt und ein Leben ohne Gewalt.
4. Auch in den großen Weltreligionen Christenheit, Judentum, Islam, Budd-

hismus und Hinduismus sind unter den gemeinsamen Werten: die Würde des Menschen, der Umweltschutz, gute Nachbarschaft, friedliche Lösung von Konflikten, Frieden und das Streben nach Gerechtigkeit.

5. In der politischen Bildung ist es unabdingbar, zunehmend auf Gemeinsamkeiten in verschiedenen Regionen und Kulturen hinzuweisen, zur Schaffung eines langfristigen Friedens und Erdbürgertums. Die These von Samuel Huntington von einem „clash of civilisations“ muss mit aller Schärfe zurückgewiesen werden genauso wie eine Medienberichterstattung, die zu einer Polarisierung von Kulturen und Regionen führt.
6. In einer globalisierten Welt müssen Entscheidungsträger auf internationaler, regionaler und nationaler Ebene Institutionen zur Würdigung und Repräsentierung der Interessen zukünftiger Generationen schaffen. Bereits unsere Vorfahren hatten im vorkolonialen Indien „Räte der Seher in die Zukunft“. In Nordamerika gab es bei den Ureinwohnern eine Prüfung der Beschlüsse des Ältestenrates auf ihre voraussichtliche Wirkung auf die siebte nachfolgende Generation. Heute gibt es zum Beispiel im finnischen Parlament einen Ausschuss für zukünftige Generationen und in der Schweiz ist der Bundesrat durch ein Parlamentsgesetz ab 3. Oktober verpflichtet, zu seinen Geschäften jeweils einen Abschnitt „Folgen für die zukünftigen Generationen“ beizusteuern.
7. Weiterhin ist es zwingend notwendig, dass Entscheidungsträger über Grenzen hinweg voneinander lernen. Welche politische Institutionen und Gesetze sind am besten geeignet zur Schaffung einer nachhaltigen Zukunft? Wo gibt es das beste Gesetz für öffentlichen Nahverkehr? Wo das beste Gesetz zur Nahrungsmittelsicherheit? Welche Maßnahmen sind am effektivsten im Bereich Erneuerbare Energien? – Um es mit Russel Kirk zu sagen, es geht um „Honouring the future partners in our contract with eternal society“.

### **Schmale: Über ein europäisches zu einem globalen Geschichtsbewusstsein**

In der Sektion 4 zum Problemkreis ‚Bürgerchaftliche Partizipation‘ befasste sich der Wiener Europahistoriker Prof. Dr. Wolfgang Schmale mit der Frage, wie sich der Entwicklungsstand der europäischen Integration zu den Visionen eines globalen Zusammenlebens verhält. Auch seine Überlegungen sind ein Beitrag zur Reflexion der Bedingungen und Möglichkeiten einer grenzenlosen Welt:

Ist Europa überhaupt reif für eine „Welt ohne Grenzen“? Der Fall des „Eisernen Vorhangs“ – eine Bezeichnung, die Winston Churchill geprägt hatte – im Jahre 1989 schien genau dies zu verheißen: Mit der Öffnung der Grenzen wurde nicht nur die innereuropäische künstliche und erzwungene Grenze beseitigt, sondern auch das Ende des Kalten Krieges markiert. Die Ost-West-Konfrontation des Kalten Krieges war immer global gewesen.

Die „Europäische Union“ (damals noch die „Europäische Gemeinschaft“) förderte durch verschiedene Programme das Zusammenwachsen von West- und Osteuropa und irgendwie war allen klar, dass es früher oder später zu einer massiven Erweiterung der EU/EG kommen würde und kommen müsste. Wie selbstverständlich wurde von der „Wiedervereinigung Europas“ gesprochen.

Recht schnell machten sich aber gegenläufige Tendenzen bemerkbar: Die allgemeine Bezeichnung der ehemaligen Ostblockstaaten als „postkommunistische“ bzw. später „Transformationsstaaten“ überspielte anfangs das eigentliche Geschehen, nämlich das Erstarken von National- und Nationalstaatsbewusstsein. Besonders scharf äußerste sich dies in Jugoslawien, dessen Zerfall von der Europa bestens bekannten ungenuten Allianz von Krieg und Nationalismus vorangetrieben wurde.

Weder die Freude über die Öffnung der Grenzen 1989 noch über die EU-Erweiterung 2004 konnte die Grundlage für eine gemeinsame Sicht auf die europäische Geschichte legen. Im Gegenteil. Das neue Nationalbewusstsein, das sich trotz einiger Unterschiede sowohl in Ost- wie Westeuropa zeigt, führt zu einer nationalen Verengung des Geschichtsbewusst-

seins. Natürlich ist die Geschichte, die die Menschen in Europa im 20. Jahrhundert erlebt haben, nicht einfach „europäisch“, sondern durch die, nicht selten erzwungene, Zugehörigkeit zu Nationalstaaten, Nationen, bestimmten ethnischen Gruppen, zu Juden, zu Sinti, zu Roma etc. immer auch spezifisch gewesen. Dennoch liegt in der Überwindung eines nur nationalen Geschichts Bewusstseins auf der Basis einiger Grundhaltungen, die sich in den letzten 30 Jahren aus der globalen Auseinandersetzung mit dem Holocaust entwickelt haben, der Schlüssel zu einem gemeinsamen europäischen Geschichtsverständnis, das für die Europäische Union, d.h. eben auch für die europäischen Bürgerinnen und Bürger, auf Dauer lebenswichtig ist.

Eine konsequente zivilgesellschaftliche wie geschichtspolitische Arbeit am Geschichtsverständnis auf der Basis dieser Grundhaltungen stellt keine rein europäische, sondern globale Aufgabe dar. So wie eine zukunftsfähige europäische Ordnung dieser Arbeit bedarf, kann auch eine zukunftsfähige Weltordnung nicht daran vorbei. Oder es wird sie nicht geben.

### **Bauhardt: Transformationen der Geschlechterordnung im Prozess der Globalisierung**

Mit den Auswirkungen der Globalisierung auf die Gerechtigkeitsverhältnisse zwischen Mann und Frau beschäftigte sich Prof. Christine Bauhardt von der Humboldt-Universität Berlin in der Sektion „Die Grenzen der Solidarität in der Weltgesellschaft“:

Globalisierungsprozesse setzen in vielfältiger Weise auf die Geschlechterordnung auf und modifizieren und reproduzieren Geschlechterungerechtigkeit. Geschlechterverhältnisse sind lokal und regional unterschiedlich ausgeprägt und in verschiedene politische, historische und kulturelle Rahmungen eingebettet. Gleichzeitig werden Geschlechterdifferenzen, die sich je nach Kontext differenziert darstellen, in die Expansionsstrategien globaler Verwertungsinteressen integriert. Daraus resultiert die Erneuerung der Geschlechterhierarchie in neuen, transformierten Erscheinungsformen.

Der Beitrag der Frauen- und Geschlechterforschung zur Gerechtigkeitsfrage speist sich aus zwei Quellen, nämlich aus der Forderung nach globaler Umverteilung von Arbeit, Ressourcen und Macht sowie der nach Ausweitung der Partizipationsrechte am öffentlichen und politischen Diskurs. Diese beiden Perspektiven markieren das Spannungsfeld zwischen dem uneingelösten Versprechen der Moderne von Gerechtigkeit und Freiheit und dem postmodernen Anspruch der Anerkennung von Differenz(en).

Ich thematisiere die ökonomischen und sozialen Transformationen der Globalisierung im Hinblick auf drei Themenfelder:

- Die Verwerfungen in der Geschlechterordnung durch die Verlagerung von Produktionsstandorten in die globale Peripherie und die dadurch induzierten Migrationen, die vor allem für Frauen neue Entwicklungsmöglichkeiten und eigenständige Einkommenschancen trotz oft schlechter Arbeitsbedingungen bieten.
- Die sich verstärkenden Hierarchien zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden in Bezug auf die „global care chain“ als ein Phänomen der Verstärkung von Angebot und Nachfrage im Bereich reproduktionsbezogener Dienstleistungen und eine Strategie von Frauen, Zuwanderungsbeschränkungen in Industrieländern zu unterlaufen.
- Die dramatischen Konsequenzen der Umweltzerstörung auf die Lebenslagen in ländlichen und agrarischen Weltregionen, die besonders von Frauen getragen werden und deren Sichtweise und Lebenserfahrung in der globalen Umweltpolitik keinerlei Berücksichtigung findet.

Die Transformationen der Geschlechterordnung verlaufen im globalen Kontext widersprüchlich, es entstehen für Frauen neue Möglichkeiten, aber auch neue Zwänge. Für Männer bedeuten die neuen Chancen der Frauen oftmals Verunsicherung ihrer eigenen Positionen und die Anforderungen, mit diesen konstruktiv umzugehen.

### **Butterwegge: Globalisierung – eine Großprojekt des Neoliberalismus**

In der gleichen Sektion stellte der Kölner Politikwissenschaftler Prof. Christoph Butterwegge seine prägnanten Auffassungen zum Solidaritätsdefizit in der weltgesellschaftlichen Entwicklung zu Diskussion und zog aus ihnen Konsequenzen für die Aufgaben der politischen Bildung:

Was als „Globalisierung“ bezeichnet wird und zu einem „Megathema“ der Sozialwissenschaften avanciert ist, jedoch vor allem eine gesellschaftspolitische Großprojekt des Neoliberalismus darstellt, das fast alle Lebensbereiche verändert, hat die Gleichheits- und Gerechtigkeitsvorstellungen vieler Menschen auf den Kopf gestellt. Galt früher der soziale Ausgleich als erstrebenswertes Ziel staatlicher Politik, so steht heute den Siegertypen alles, den „Leistungsunfähigen“ bzw. „-unwilligen“ hingegen nichts zu. Die soziale Gerechtigkeit wird zur „Leistungs-“, „Teilhabe-“ und „Generationengerechtigkeit“ uminterpretiert, darauf reduziert und als Standortrisiko kritisiert.

Bedingt durch den Einfluss neoliberaler Theoreme und die Folgen des Modernisierungsprozesses stehen Solidarität und soziale Gleichheit bzw. Gerechtigkeit auch nicht mehr im Mittelpunkt der politischen Bildungsarbeit. Unter den Voraussetzungen eines national entgrenzten und sozial entscherten Kapitalismus ist aber zu fragen, ob und ggf. wie politische Bildung als Anstifterin ausgleichender Gerechtigkeit fungieren kann. Hier liegt künftig eine zentrale Aufgabe der politischen Bildung, wenn sie nicht überflüssig oder auf die Zuschauertribüne verbannt werden will.

Zu den Hauptaufgaben der politischen Bildung gehört heute, die neoliberale Standortlogik zu widerlegen, Solidarität neu zu begründen und den Blick auf gesellschaftspolitische Alternativen zu lenken., die den inneren Frieden und die Demokratie garantieren können. Nötig wäre eine neue Kultur der Solidarität, die aber nur zu entwickeln ist, wenn die politische Bildung einen Beitrag zu der Diskussion leistet, in welcher Gesellschaft wir eigentlich leben wollen: Soll es eine Konkurrenzgesellschaft sein, die Leis-

tungsdruck und Arbeitshetze weiter erhöht, Erwerbslose, Alte und Behinderte ausgrenzt sowie Egoismus, Durchsetzungsfähigkeit und Rücksichtslosigkeit eher honoriert, sich jedoch gleichzeitig über den Verfall von Sitte, Anstand und Moral wundert, oder eine soziale Bürgergesellschaft, die Kooperation statt Konkurrenzverhalten, Mitmenschlichkeit und Toleranz statt Elitebewusstsein fördert? Ist ein permanenter Wettkampf auf allen Ebenen und in allen Bereichen, zwischen Bürger(inne)n, Kommunen, Regionen und Staaten, bei dem die (sicher ohnehin relative) Steuergerechtigkeit genauso auf der Strecke bleibt wie ein hoher Sozial- und Umweltstandards, wirklich anzustreben? Eignet sich der Markt tatsächlich als gesamtgesellschaftlicher Regelungsmechanismus, obwohl er auf seinem ureigenen Terrain, der Volkswirtschaft, ausweislich einer sich verfestigenden Massenarbeitslosigkeit, kläglich versagt?

### Koopmann: Politisches Lernen im kommunalen Erfahrungsfeld

In der Sektion „Bürgerschaftliche Partizipation“, wurde didaktisch nach den Grenzen der politischen Bildung gefragt. Der Bremer Politikdidaktiker Dr. Klaus Koopmann plädierte hier für eine politische Bildung, die auf das Erlernen bürgerschaftlicher Partizipation in der Kommune zielt, dass von der Schule ange-regt und begleitet wird:

Die Vorbereitung von Bürgern auf ihr bürgerschaftliches Engagement ist (auch) wesentliche Aufgabe von öffentlicher Schule. Entsprechende Ziel- und Kompetenzansprüche sowie lernstrategische Vorgaben sind grundsätzlich – wenn auch schulstufen-, schulform- und länderspezifisch sehr unterschiedlich – in allen Bundesländern normativ fixiert.

Die Umsetzung dieses grundsätzlich konsensualen Bildungsauftrags indes scheint nur unzureichend zu gelingen. Deshalb sollte ergänzend zum eher vorpolitische Beteiligungskompetenzen vermittelnden „Schonraum Schule“ (Horst Biedermann) das öffentliche Handlungsfeld Kommune für das authentische, problemorientierte und reflexive Erfahren und Erlernen bürgerschaftlicher, d.h. sozialer und politischer Partizipation einbezogen werden.

Bei der didaktischen Organisation solcher Partizipationsvorhaben sollten das lernstrategische Verständnis vom ‚erfahrungsorientierten Lernen‘ sowie die vorliegenden service-learning Erfahrungen berücksichtigt werden. Diese Vorgaben lassen sich zu den folgenden Essentials des Erfahrens und Lernens bürgerschaftlicher Partizipation verdichten: Anerkennung, Authentizität, Selbststeuerung, Kommunikation und Kooperation, Problembezug, Reflexivität und Öffentlichkeit.

Die Einbeziehung des Handlungsfeldes Kommune in Prozesse des Partizipationslernens bietet den beteiligten Akteuren die (im nicht öffentlichen Schonraum Schule nicht leistbare) Möglichkeit,

- tatsächlich „als Bürger zu handeln und ihre Fähigkeit zu erfahren, Bürger zu sein“ (Gunner Schmidt), mithin Selbstwirksamkeit von bürgerschaftlicher Partizipation zu erfahren und zu lernen, d.h. konkret,
- an der Lösung authentischer, öffentlicher (gesellschaftlicher und politischer) Probleme aktiv, selbstgesteuert und kooperativ zu partizipieren.

Dieser lernstrategischen Perspektive entsprechend, lässt sich ein didaktisches Modell skizzieren, welches aus fünf Lernhandlungsschritten besteht, die im Zuge eines problemlösungsorientierten Partizipationsprojektes zu absolvieren sind: öffentliches Problem identifizieren und analysieren, Lösungsweg entwickeln, Aktionsplan erstellen, Aktionsplan umsetzen, evaluieren.

### Reinhardt: Basieren Schülerkonzepte über Demokratie auf deren Partizipationserfahrungen im Nahraum?

Prof. Sibylle Reinhardt, Professorin für politische Bildung an der Universität Halle, setzte in der gleichen Sektion einen skeptischen, forschungsbezogenen Kontrapunkt zu diesem Ansatz sowie zugleich zu vielen ähnlichen, demokratiepädagogisch inspirierten Konzepten politischer Bildung:

In Pädagogik und Jugendforschung ist lange vermutet worden, dass das soziale Lernen im Nahraum auch das politische Lernen für den demokratischen Staat fördert oder sogar einschließt (so auch das Programm der Bund-Länder-Kommission „Demokratie leben und lernen“). Die Kontroverse um die Frage, ob soziales Lernen zugleich politische Bildung ist oder bewirkt, ist in den letz-

*Reinhardt: Soziales Lernen ist nicht politisches Lernen. Weder prosoziale Werte, noch Engagement im Nahraum oder positives soziales Schulklima sind positiv korreliert mit politischer Identität (Verständnis für Demokratie, Interesse für Politik u.a.).*

ten Jahren empirisch untersucht und entschieden worden.

Aus einer umfangreichen Meta-Analyse von dreizehn Studien wurden Ergebnisse und Interpretationen aus drei qualitativen Studien (Sachsen-Anhalt 2002, Schweizer Civic-Education-Zusatzstudie 2006, Konstanzer Längsschnitt/Life 2007) ausgewählt und vorgestellt. In diesen Studien konnten die Zusammenhänge von Prosozialität, Partizipation im Nahraum sowie sozialem Schulklima mit dem Verständnis für das demokratische politische System, politischer Identität und – als Einzelfaktor – politischem Interesse geprüft werden.

Das Ergebnis ist eindeutig: Soziales Lernen ist nicht politisches Lernen. Weder prosoziale Werte, noch Engagement im Nahraum oder positives soziales Schulklima sind positiv korreliert mit politischer Identität (Verständnis für Demokratie, Interesse für Politik u.a.). Es scheint sich um unterschiedliche Dimensionen des Lernens und der Entwicklung zu handeln, deren Zusammenhang noch unklar ist. Grundsätzliche didaktische Annahmen der Politik-Didaktik werden bestärkt. Ihre Annahmen müssten und könnten aber künftig einer stärkeren empirischen Prüfung unterzogen werden.

vO

